

Der Ständerat musste wohl oder übel den Nachtragskredit von 80,4 Millionen Franken für den Bau des Furka-Basistunnels [...]

Autor(en): **Wechsler, Magi**

Objektyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **102 (1976)**

Heft 42

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Verhöhnung»

Lieber Nebelspalter, der empörten Schreiberin aus Regensburg (Nebi Nr. 40) sei eines zu ihrem Brief geschrieben: «Im Denken gibt es keine Armut ausser Armut an Erkenntnis.»

Das Kennenlernen und Abonnieren des Nebi in den Jahren vor 1938 – als Karikaturen gegen rote und braune Fäuste Furore machten – hätte damals vielleicht noch Deutschland zum Erwachen bringen können! Damals «verhöhnte» der Nebelspalter gleichfalls die lauten Teutonen – der Stift des Karikaturisten von 1976 legte weiter nichts frei als eben eine negative Persönlichkeit! Und das zu Recht! An ihrem Sprachgebrauch sollt ihr sie erkennen – «Wir wollen den Sozialismus bekämpfen, zu Lande, zu Wasser und in der Luft» – gesprochen von Strauss-Intimus Helmut Kohl!

Erst vor wenigen Tagen haben bisher unbekannte Täter das Rathaus in Kornwestheim (Württemberg) mit antisemitischen Parolen, Hakenkreuzen und Totenköpfen beschmiert – das wäre doch etwas, worüber sich Frau von Braun empören sollte!

Mit anerkennendem Gruss
Harro Schön, Möglingen (BRD)



Im Nebelspalter Nr. 40, Seite 51, ist mir der Leserbrief unter dem Titel «Verhöhnung» aufgefallen. Seit sechs Jahren bin ich in Deutschland tätig, und was ich da so an Karikaturen unter anderem auch von Franz Josef Strauss gesehen habe, da ist der Nebelspalter noch harmlos.

sonnige Herbstferien



im preiswerten Jugoslawien

für alle Prospekte und Anskünfte
Jugoslawisches Verkehrsbüro
Limmatquai 70, 8001 Zürich
Tel. 01 / 34 12 70

Die CDU/CSU war doch gerade die Partei, die mit dem Slogan «Freiheit statt Sozialismus» in den Wahlkampf zog. Leider habe ich kein Spiegel-Titelbild von Franz Josef Strauss mehr. In gleicher Art wurden auch Genscher, Kohl und Schmidt von Mulatier gezeichnet. Diese Zeichnungen als Poster sind hier äusserst gefragt. In einem Land, wo solche Titelbilder sogar während eines Wahlkampfes noch gestattet sind, ist die Freiheit noch nicht in Gefahr. Sicher können nur sehr empfindliche Menschen diese Bilder mit einer Verhöhnung gleichsetzen. Franz Josef Strauss ist nicht der Politiker, der nicht auch das Ausland auf sich zöge. Frau E. v. Braun wäre zu empfehlen, gelegentlich eine Bundestagsdebatte im Fernsehen zu verfolgen. Was die Politiker sich da oft gegenseitig austeilen, ist weit schlimmer als ihre Karikaturen, die in den Zeitungen und Zeitschriften auch ins Ausland gelangen.

Ob Schweizer im Inland, ob Schweizer im Ausland, wir werden doch hoffentlich noch lange, auch über die Karikaturen unserer Politiker, lachen können. Was die Frau E. v. Braun vorschlägt, wäre doch eine Einschränkung der Freiheit.

Jakob Huber, Geislingen (BRD)

Keine Doppelzüngigkeit

Lieber Nebi, die Wort auf mich selbst, weil ich Dir nicht zu Deiner Atom-Lobby-Karikatur der Nr. 38 gratuliert habe, ist fast ins Unerträgliche gestiegen, als ich in der Ausgabe Nr. 40 die Leserbriefe von unangenehm berührten Lesern sehen musste. – So sind wir nun einmal, lieber schnell reklamieren, wenn einem etwas nicht in den Kram passt, anstatt jeweils ein spontanes Zeichen geben, wenn einen etwas freut.

Als in der A-Werk-Frage engagierte Nordwestschweizerin habe ich das Werden der Basler sowie der Eidgenössischen Initiative der A-Werk-Gegner verfolgt und auf diesem strittigen Gebiet, wo einen bald nichts mehr überraschen kann, im Nebelspalter jemanden gefunden, der sich getraut, die Sache gerade hier beim Wort (Bild) zu nennen (oder von der Pressefreiheit Gebrauch zu machen).

Herr Hubertscher scheint mir viele seiner Informationen aus Blättchen zu entnehmen, die den Kern treffen (möchten), und die natürlich überhaupt nicht dem Niveau einer Leserzeitung gleichgestellt werden können, denn sie werden ja nicht von den Lesern bezahlt, sondern von denen, die den Lesern etwas aufbinden wollen. Denn, hätte Herr H. auch noch in anderen Zeitungen über dieses Thema gelesen, so wüsste er, dass 34 632 stimmende Basler am 26. September in einer Volksbefragung die Initiative zum Schutze der Bevölkerung vor Atomkraftwerken gutgeheissen haben und nur 2522 dagegen stimmten.

Etwas ist wahr, wir wollen die Atomkraftwerke unter den heutigen Bedingungen verbieten, und dazu müssen wir uns nicht der Lüge und der Doppelzüngigkeit bedienen...

Zum Glück gibt es Dich, lieber Nebi! Käthi Berner, Rheinfelden

Chile, eine heile Welt?

Der in Leserbriefen wiederholt gemachte Versuch, die chilenische Militärdiktatur zu verharmlosen und kleinste Konzessionen als Zeichen der Humanisierung des faschistischen Systems zu qualifizieren, scheitert an den aller Welt offen zu Tage liegenden Tatbeständen.

Dem vernichtenden Urteil des Kardinal-Erzbischofs von Santiago, Msgr. Raul Silva Henriquez über die gegenwärtige chilenische Regierung, das dieser anfangs mit dem Junta-System sympathisierende Kirchenfürst am 11. September 1976 im Interview mit dem norwegischen Pastor Havgar gefällt hat, entnehme ich folgende Sätze:

«Mindestens 85% der Bevölkerung sind gegen die Junta-Regierung, aber wir müssen uns daran erinnern, dass viele Angst haben, dies zu bekennen. Bei uns herrscht eine Tyrannei. Die Geheimpolizei verschleppt das Volk, wo und wann immer sie will. Jede Opposition wird zum Schweigen gebracht. Wir vergessen nicht, dass noch immer das Kriegsrecht herrscht. Danach werden Menschen mitten in der Nacht verhaftet, wenn niemand davon etwas merkt. Die Nation lebt jetzt unter unhaltbaren Verhältnissen. Die Unterdrückung der Bevölkerung geht weiter. Die willkürliche Handhabung von Gesetz und Justiz ist nach wie vor dieselbe. Wenn die

gegenwärtige Militärregierung noch lange Zeit herrscht, wird sie unser Volk in unglaublichem Masse zerstören, ein Volk mit starken demokratischen Traditionen.»

Ferner: Der Präsident der Menschenrechtskommission der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), Luis Reque, sagte am 23. September 1976 auf dem 6. Jahreskongress von Amnesty international in Strasbourg: «In Chile geht die Welle von Terror und Exekution weiter, ungeachtet der Versprechungen der Regierung, die Menschenrechte achten zu wollen. Die Regierungen in Chile, Brasilien, Paraguay und Uruguay bilden mit ihrem Ruf und ihrer flagranten Verletzung der Menschenrechte ein Krebsgeschwür in Südamerika. Mindestens die Hälfte der Inhaftierten wird in Südamerika Folterungen unterworfen. Wo die Foltereinrichtungen unzureichend sind, werden besondere KZ-Lager nach dem Muster der Hitlerzeit errichtet.»

Dr. Guido Senzig, Offenbach (BRD)

Aus Nebis Gästebuch

Lieber Nebi,
Du machst mir Freude! Sage bitte Diffusor Fadinger, dass ich ihm zu seinen Fragen an kadio Seidwyla in Nr. 40 gratuliere.
Carlo Schudel, Finstersee



Der Ständerat musste wohl oder übel den Nachtragskredit von 80,4 Millionen Franken für den Bau des Furka-Basistunnels gutheissen, nachdem sich die 1970 bewilligten 70 Millionen Franken als bei weitem unzureichend erwiesen haben.